

NIEDERSCHRIFT

über die **1.** Sitzung

des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz

(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **14.04.2021**
Ort der Sitzung: !digitale Informationsveranstaltung nur für Ausschussmitglieder!
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr
Den Vorsitz führte: Sabine Kühl

Sitzungsteilnehmer:

• Landrat

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Jakob Beyen
3. Herr Heiner Cöllen
4. Herr Ingo Danziger
5. Herr Hans Ludwig Dickers
6. Herr André Dresen
7. Herr Karl Josef Flüchten
8. Frau Birgit Frania
9. Herr Thomas Jung
10. Herr Max von Borzestowski

• SPD-Fraktion

11. Frau Doris Hugo-Wissemann
12. Frau Nicole Jockisch
13. Frau Sabine Kühl
14. Herr Herbert Palmen
15. Herr Detlev Zenk

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Frau Ute Leiermann
17. Frau Marianne Michael-Fränzel
18. Herr Jörg Pesch
19. Herr Simon Rock
20. Herr Dirk Schimanski

• **FDP-Fraktion**

21. Herr Dipl.-Ing. Jan Raatschen

• **AfD-Fraktion**

22. Herr Bodo Gilz

• **Gäste**

23. Herr Yassine El Fouri
24. Herr Markus Frank

• **DIE LINKE & DIE PARTEI**

25. Herr Marco Nowak

• **Gäste**

26. Herr Dr. Klaus Reinartz

• **Verwaltung**

27. Herr Dezernent Ingolf Graul
28. Herr Norbert Lange
29. Herr Marcus Mertens
30. Herr Marc Zellerhoff

• **Schriftführerin**

31. Frau Birgit Niesen

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

32. Herr Leo Oehmen

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Begrüßung durch die Vorsitzende Frau Sabine Kühl.....	3
2.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
3.	Verpflichtung von sachkundigen Ausschussmitgliedern Vorlage: 32/0467/XVII/2021	4
4.	Bestellung der Schriftführer Vorlage: 32/0468/XVII/2021	4
5.	Vorstellung der den Ausschuss betreuenden Akteure aus der Verwaltung und der Produktgruppe 32.2 Bevölkerungsschutz	4
6.	Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans Vorlage: 32/0473/XVII/2021.....	5
7.	Anfragen	6
7.1.	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.06.2020 "Notfallkonzept im Falle einer Blackout-Katastrophe" Vorlage: 32/0470/XVII/2021.....	6
7.2.	Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 06.04.2021 „Brandbekämpfung bei Elektro- und Hybridfahrzeugen“.....	6
7.3.	Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 06.04.2021 „Stroke-Einsatz-Mobil“	7
8.	Mitteilungen	7

1. Begrüßung durch die Vorsitzende Frau Sabine Kühl

Protokoll:

Die neue Ausschussvorsitzende, Frau Kühl, eröffnete die Ausschusssitzung, die Corona-bedingt digital durchgeführt wurde. Sie wies darauf hin, dass aufgrund der digitalen Durchführungsform keine politisch verbindlichen Beschlüsse gefasst werden dürften. Lediglich Empfehlungen könnten gegeben werden.

Herr Graul erklärt, dass die digitale Ausschusssitzung zu Protokollzwecken aufgezeichnet und im Anschluss an die Protokollerstellung wieder gelöscht werde.

2. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Frau Kühl stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch. Eine Feststellung der Beschlussfähigkeit war aufgrund

des digitalen Formates der Sitzung nicht möglich und aufgrund des unter TOP 1 gegebenen Hinweises auch nicht erforderlich.

Zur Tagesordnung erläuterte Frau Kühl, dass unter Punkt 7.1 die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einem Notfallkonzept im Fall eines Blackout-Katastrophenfalles behandelt werde. Unter Punkt 7.2 werde die Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Brandbekämpfung bei Elektro- und Hybridfahrzeugen und unter Punkt 7.3 die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stroke-Einsatz-Mobil ergänzt.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

3. Verpflichtung von sachkundigen Ausschussmitgliedern **Vorlage: 32/0467/XVII/2021**

Protokoll:

Die Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger wurde aus rechtlichen Gründen, wie in TOP 1 erläutert, auf die nächste Präsenzsitzung des Ausschusses vertagt.

4. Bestellung der Schriftführer **Vorlage: 32/0468/XVII/2021**

Protokoll:

Herr Mertens, Amtsleiter des Amtes für Sicherheit und Ordnung, und Frau Niesen, Produktgruppenleiterin der Produktgruppe 32.2 Bevölkerungsschutz, werden zu den Schriftführern des Ausschusses bestellt.

5. Vorstellung der den Ausschuss betreuenden Akteure aus der Verwaltung und der Produktgruppe 32.2 Bevölkerungsschutz

Protokoll:

Herr Mertens stellte anhand einer Präsentation die Akteure und Aufgaben der Produktgruppe 32.2 des Amtes für Sicherheit und Ordnung vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Kreistagsmitglied Jung dankte für die Präsentation, die für die anstehende Ausschussarbeit eine gute Hilfe und Orientierung darstelle.

Kreistagsmitglied Cöllen bat um Auskunft, ob PersonenTransportZüge (PTZ) während der Coronapandemie zur Verlegung intensivpflichtiger Patienten genutzt werden könnten. Dies wurde von Herrn Zellerhoff grundsätzlich als Möglichkeit gesehen; bevor jedoch diese Komponente eingesetzt werde, seien vorrangige Einsatzmittel zu nutzen.

6. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans Vorlage: 32/0473/XVII/2021

Protokoll:

Dezernent Graul legte dar, dass gemäß § 12 des Rettungsgesetzes NRW vom 24.11.1992 in der zurzeit geltenden Fassung die Kreise Bedarfspläne für den Rettungsdienst aufzustellen haben. In den Bedarfsplänen seien insbesondere Zahl und Standorte der Rettungswachen, weitere Qualitätsanforderungen sowie die Zahl der erforderlichen Krankenkraftwagen und Notarzteinsetzfahrzeuge festzulegen.

Der Bedarfsplan sei kontinuierlich, spätestens alle 5 Jahre, zu aktualisieren. Der aktuelle Rettungsdienstbedarfsplan sei zum 25.03.2015 in Kraft getreten. Bedingt durch die Aufgaben des Kreisordnungsamtes im Rahmen der Corona-Lage konnte die Arbeit am Rettungsdienstbedarfsplan im Jahr 2020 nicht wie vorgesehen vorangetrieben werden.

Mit der Einbringung des Entwurfs in der heutigen Sitzung werde das förmliche Verfahren zur Abstimmung und Verabschiedung des Bedarfsplanes eingeleitet.

Herr Zellerhoff stellte im Rahmen einer Präsentation den aktuellen Stand der Bedarfsplanung vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Kreistagsmitglied Cöllen fragte nach den Erfahrungen im Hinblick auf den Einsatz privater Rettungsdienstleister im Rhein-Kreis Neuss. Herr Zellerhoff führte aus, dass die gemachten Erfahrungen durchweg sehr positiv seien. Bezüglich eines rettungsdienstlichen Mehrbedarfes an Einsatzmitteln müsse jedoch zunächst der Bedarf definiert werden, bevor über eine Abdeckung dessen verhandelt werden könne.

Ausschussmitglied Rock bat um Darlegung der Kriterien zur Festlegung der städtischen oder ländlichen Hilfsfrist für einzelne Bereiche des Kreises. Herr Zellerhoff führte aus, dass für die Festlegung der Hilfsfrist für einen Bereich die Bevölkerungsanzahl und der hierzu in Relation stehenden hilfsfristrelevanten Einsätzen herangezogen werde, um objektive und einheitliche Kriterien zu schaffen. Die Konsequenz dieser Zuordnung habe dabei jedoch nicht nur finanzielle Auswirkungen. Vielmehr sei es das Ziel eine Planung zu schaffen, die unter realistischen Aspekten die tatsächlich zur Verfügung stehenden von Rettungsmittel berücksichtige. Hierbei liege das Hauptaugenmerk auf der tatsächlich vorhandenen Personalkapazität. Fachlich sei es beispielsweise wünschenswert, den gesamten Rhein-Kreis Neuss nur mit Rettungswagen zu bestücken. Diese Planung werde sich jedoch niemals realisieren lassen und sei damit nicht zielführend.

Kreistagsmitglied Cöllen fragte nach dem Stand des Bedarfs einer zusätzlichen Rettungswagenstationierung im Neusser Süden. Herr Zellerhoff erläuterte, dass die entsprechenden Abstimmungsgespräche mit der Stadt Neuss noch anstehen würden, derzeit anhand der Auswertung ein Bedarf aus Sicht der Kreisverwaltung nicht gegeben sei. Sofern die Gespräche mit der Stadt Neuss das Ergebnis haben sollten, dass von Seiten der Stadt ein zusätzlicher Rettungswagen im Neusser Süden als zwingend erforderlich angesehen werde, müsse in der Konsequenz aufgrund einschlägiger DIN-Vorgaben eine Rettungswache gebaut werden. Die bloße Stationierung eines Fahrzeuges reiche dann nicht aus. Die Stadt Neuss habe dann auch die entsprechenden Investitionen zu tragen.

Ausschussmitglied Schimanski erkundigt sich nach den Rahmenbedingungen eines NotfallKTW bzw. ob im Rendezvous System dieser mit den eingesetzten Notarztfahrzeugen arbeiten könne. Herr Zellerhoff erläutert, dass ein NotfallKTW personell geringere Qualifikationsvoraussetzungen habe (nach DIN sind minimal zwei Rettungssanitäter / Rettungssanitäterinnen erforderlich) und die Grauzone zwischen RTW und KTW abdecken könne, um eine Erstversorgung zu gewährleisten. Die Ausstattung solle so erfolgen, dass eine Zusammenarbeit mit den bestehenden Komponenten möglich sei.

Ausschussmitglied Palmen erkundigte sich nach den Erfahrungen mit dem Leasing der Einsatzmittel. Herr Zellerhoff betonte, dass die Erfahrungen im Hinblick auf die einheitliche Ausstattung, die Reservegestaltung und die Zusammenarbeit mit dem Leasinggeber positiv seien. Die Umstellung erfolge angepasst an die Abnutzung der Fahrzeuge jedoch erst nach und nach.

Landrat Petrauschke wies darauf hin, dass die Gespräche zur Erlangung des Einvernehmens mit der Stadt Neuss und der Stadt Dormagen noch zu führen seien und sich hieraus noch Anpassungen des Bedarfsplanes ergeben könnten.

Dezernent Graul ergänzte, dass mit den Verfahrensbeteiligten nach den gesetzlichen Vorgaben Einvernehmen erlangt werden solle. Sei dies nicht möglich, treffe die Bezirksregierung die erforderlichen Festlegungen.

Ausschussvorsitzende Kühl schloss den Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, dass die Verwaltung das Verfahren zur Aufstellung und Festschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2020 gemäß § 12 Rettungsgesetz NRW weiterführen solle.

7. Anfragen

7.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.06.2020 "Notfallkonzept im Falle einer Blackout-Katastrophe" Vorlage: 32/0470/XVII/2021

Protokoll:

Ausschussmitglied Rock dankte für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen und bat um Darstellung, für welchen Zeitraum eines Stromausfalles konkret vorgeplant werde. Herr Mertens stellte dar, das situativ und lageabhängig zu entscheiden sei, welche Maßnahmen ergriffen werden.

Herr Palmen stellte fest, dass die Kommunen selbst auch im Bereich der Notstromversorgung planen müssten.

7.2. Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 06.04.2021 „Brandbekämpfung bei Elektro- und Hybridfahrzeugen“

Protokoll:

Herr Palmen fragte an, welche Kosten ein Abrollbehälter zur Brandbekämpfung bei Elektro- und Hybridfahrzeugen verursache und wie die Konzeptumsetzung erfolgen solle.

Herr Mertens erklärte, dass die entsprechenden Schritte wie Klärung der technischen Anforderungen und darauf basierend die Vorbereitung der entsprechenden Ausschreibung erst nach Genehmigung des Kreishaushaltes initiiert werden könnten. Die Abdeckung der Nachbargebietskörperschaften mit Abrollcontainer ist derzeit nicht bekannt, zudem wird die Nutzung von Speziallöschdecken noch bewertet.

7.3. Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 06.04.2021 „Stroke-Einsatz-Mobil“

Protokoll:

Herr Zellerhoff stellte in einer Präsentation das Stroke-Einsatz-Mobil, welches in der Stadt Berlin im Einsatz war, vor. Er bewertete jedoch für den Bereich des Rhein-Kreis Neuss die Indienstnahme eines solchen Fahrzeuges für nicht gewinnbringend, da eine gute, flächendeckende Versorgung für Schlaganfallpatienten gegeben sei. Zu diesem Tagesordnungspunkt ergaben sich keine Fragen.

8. Mitteilungen

Protokoll:

Herr Mertens teilte mit, dass zum 20. März 2021 die digitale Alarmierung im Rhein-Kreis Neuss erfolgreich eingeführt wurde. Zudem kündigt Herr Mertens an, dass mit Wirkung zum 01. Mai 2021 Herr Michael Wolff zum Leiter der Kreisleitstelle ernannt worden sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Sabine Kühl um 18:44 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez.

Sabine Kühl
Vorsitzende

gez.

Birgit Niesen
Schriftführung